

Bundesregierung in der Kritik

„Hochtief wurde zum Freiwild gemacht“

Rainer Vogt – Quelle: www.spd.de - 6.1.2011

„Den Schaden haben die Arbeitnehmer zu tragen, von denen viele um ihren Arbeitsplatz fürchten“, kritisiert SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die passive Haltung der Bundesregierung beim Übernahmekampf um Hochtief.

Für die spanische Unternehmensgruppe ACS rückt eine feindlichen Übernahme des Essener Baukonzerns Hochtief in greifbare Nähe. Nun prüft allerdings die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) das Verhalten des Finanzdienstleisters Southeastern auf Unregelmäßigkeiten beim Verkauf von Hochtief-Anteilen. Die SPD bekräftigt ihre Vorwürfe gegen die Bundesregierung.

Der spanische Baukonzern ACS hat seine Anteile an Hochtief auf mehr als 30 Prozent steigern können. Der Übernahmekampf wäre für Hochtief noch nicht verloren, wenn in Deutschland die Schwellen für eine feindliche Übernahme das europäische Durchschnittsniveau hätten. Darauf hatte die SPD bereits im vergangenen Herbst hingewiesen, doch die Bundesregierung reagierte nicht auf die Vorschläge zu einer Gesetzesänderung. Somit liegen die Schwellen hierzulande weiterhin unter denen anderer europäischer Staaten und für ACS bedeutet der Sprung über die 30-Prozent-Hürde: Ein weiteres Pflichtangebot an die anderen Hochtief-Aktionäre ist nicht mehr nötig.

Überprüfung auf Unregelmäßigkeiten beim Aktientransfer

ACS kann nun einfach über die Börse weitere Anteile erwerben. Für die fehlenden knapp 20 Prozent zur Anteilsmehrheit müsste der hoch verschuldete spanische Konzern nach dem derzeitigen Aktienkurs nicht mehr als eine Milliarde Euro ausgeben.

Die Spanier haben den ersten Etappensieg vermutlich dem US-Finanzdienstleister Southeastern zu verdanken, der Anteile an beiden Baukonzernen hält. Im Dezember hatte Southeastern angekündigt, rund zwei Millionen Hochtief-Aktien zu veräußern. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) untersucht nun die Hintergründe bei dem vollzogenen Transfer. Sollten Unregelmäßigkeiten zutage treten, könnte das Angebot von ACS für ungültig erklärt werden.

SPD: Übernahmerecht endlich auf Europeaniveau bringen

Für Hochtief kann die Übernahme das Ende einer Ära bedeuten. „Den Schaden haben die Arbeitnehmer zu tragen, von denen viele um ihren Arbeitsplatz fürchten“, machte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier in einem Interview gegenüber der WAZ-Mediengruppe deutlich. Bei allen positiven Signalen aus Madrid fürchten viele eine Zerschlagung des Essener Konzerns – und die 11.000 Hochtief-Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz. Der Bundesregierung wirft Steinmeier vor, dem Übernahmekampf tatenlos zuzuschauen.

Die SPD fordert eine Reform des Übernahmerechts. „Zu kritisieren ist, wenn ein kerngesundes deutsches Unternehmen wie Hochtief zum Freiwild eines hoch verschuldeten spanischen Konzerns gemacht wird“, beklagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß am Mittwoch im Deutschlandfunk. Wenn die anderen Bundestagsparteien im vergangenen Jahr einer SPD-Initiative gefolgt wären, hätte der Übernahmeprozess möglicherweise noch gestoppt werden können, so Poß weiter.

Bundesregierung bleibt passiv

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) verteidigt die Passivität der Bundesregierung immer wieder damit, dass es sich bei Hochtief um einen marktwirtschaftlich normalen Vorgang handeln würde. Für Poß kein schlüssiges Argument: „Von einem marktwirtschaftlichen Verständnis kann man nur dann sprechen, wenn wir es mit gleichen Rahmenbedingungen in Europa zu tun hätten, und das haben wir nicht.“